

Kindertagesgebühren weiter umstritten

Eltern-Modell ohne echte Chance

In den kommenden Wochen entscheidet sich, wie hoch die Gebühren für städtische Kindertagesstätten 2006/2007 sein werden. Es zeichnet sich ab, dass die von der Verwaltung im Mai vorgestellten Eckpunkte nachgebessert werden. Das von Elternbeiräten ins Spiel gebrachte Gegenmodell (wir berichteten) findet in der Politik Anklang, dürfte aber schon wegen des engen Zeitrahmens nicht realisiert werden: Am 26. Juli, in der letzten Vollversammlung des Stadtrats vor den Ferien, muss die neue Satzung beschlossen werden; es stehen lange Diskussions- und Verhandlungsstunden innerhalb der rot-grünen Koalition bevor.

CSU wettet gegen „rot-grüne Eltern-Abzocke“

Der von Schul- und Sozialreferat sowie Bürgermeisterin Christine Strobl (SPD) vorgeschlagene Entwurf sieht Entlastungen für Geringverdiener vor – dafür müssten Gutverdiener bis zu 47 Prozent mehr für ganztägige Betreuung hinblättern. Die Elternbeiräte, denen das zu weit geht, präsentierten ein völlig anderes Konzept: Staffelung nur nach Buchungszeit, vollständig über die wirtschaftliche Jugendhilfe abgewickelte Ermäßigungen. Während SPD und

Grüne beraten, prescht CSU-Fraktionschef Hans Podiuk vor: „Die Kinderbetreuung darf kein Luxusgut werden!“ Die „rot-grüne Eltern-Abzocke“ gerate ins Wanken.

Eine Mehrheit für die Ideen der Eltern wird sich wohl nicht finden – zumindest nicht kurzfristig. „Ich persönlich finde das Modell sehr interessant“, sagt zwar Sabine Krieger (Grüne). „Aber jetzt noch mit einem Paradigmenwechsel anzufangen, halte ich für utopisch.“ Denkbare Szenario: Die Satzung wird kommenden Jahr abermals verändert.

Obwohl die Rechnung der Beiräte „sehr einleuchtet“, hegt Krieger auch Bedenken. Ein Problem bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe sei, dass Eltern persönlich mit vielen Nachweisen etwa über Miete oder Versicherungen zum Amt müssten – „viele wollen aber nicht Bittsteller sein“. Außerdem sei der Verwaltungsaufwand erheblich.

Wahrscheinlich bessert die Koalition also den Entwurf der Verwaltung nach: So dürften auch Familien Geschwisterermäßigungen erhalten, deren Jahreseinkommen über 70 000 Euro liegt. Über weitere Änderungen wird verhandelt. So monieren die Grünen, dass zur Berechnung teils Brutto-, teils Nettoeinkommen herangezogen werden sollen. „Nicht gerecht“, so Krieger.

■ **Werner Kurzlechner**